

Der kleine Unterschied zwischen „Stadt“ und „Einzelhandel“: Im Bericht des TV vom 01.05.13 fordert die Trierer City-Initiative mit vollem Recht, dass der Stadtvorstand den unterschriftsreifen „Vertrag“ (TV, ebd.) bzw. die „abgesprochene Prozessvereinbarung“ (RaZ, 30.04.13) offen legt, damit sich der Einzelhandel und die politisch interessierten Bürger/innen ein eignes Bild von dem geplanten Vorhaben machen kann. Die Bemerkung von Michael Schmitz in seinem Kommentar zu seinem eigenen Bericht (vgl. TV, ebd.) ist daher völlig unangebracht: „Sie, die sonst Wert aufs Geschäftsgeheimnis legen, fordern nun größte Transparenz“ (TV, ebd.). Mit dem „Sie“ meint Herr Schmitz die Trierer „Einzelhändler“ (TV, ebd.), als die von der Realisierung eines großen „Shoppingcenters“ Betroffenen. Leider verkennt Herr Schmitz aber den Unterschied, der zwischen Privatfirmen und der Stadt Trier als eine Körperschaft des Gemeinwesens besteht. Während die Privaten ihre Verträge nicht gegenüber der Öffentlichkeit rechtfertigen müssen, muss dies aber der Stadtvorstand notwendiger Weise tun. Das macht den Unterschied: Die Stadt Trier agiert eben nicht wie ein Privatunternehmen, wenngleich viele Politiker/innen und noch mehr Journalisten diese Analogie ständig gebrauchen. Das geht sogar so weit, viele Projekte der Stadt nur noch als PPP (private-public-partnership) wie etwa das Südbad oder die neue Feuerwache in Ehrang über dieses Finanzierungsmodell abzuwickeln. Die Finanzierung der Zweitwache in Ehrang als PPP-Projekt wurde vom Stadtrat nach der Kritik des Landesrechnungshofs an der PPP-Realisierung des Südbads abgelehnt, weil es die Stadt mitunter sehr Teuer zu stehen bekommt. Dennoch wiederholt der Oberbürgermeister immer wieder: „Die mit ECE abgesprochene Prozessvereinbarung stelle ein Novum dar, die es sonst noch nirgendwo gegeben habe“ (RaZ, 30.04.13). Gleiches galt auch für das PPP-Projekt des Südbades, das als Pilotprojekt für RLP gehandelt wurde. Doch gerade vor diesem Hintergrund ist es nur zu gut verständlich, dass die Betroffenen Bürger/innen und Einzelhändler/innen maximale Transparenz vom Rathaus fordern. Da hilft es auch nicht, wenn der Oberbürgermeister in der Rathauszeitung kolportieren lässt, „es werde keine ‚geheime Hinterzimmerpolitik‘ betrieben, wie dies in Presseveröffentlichungen vielfach kolportiert werde“ (RaZ, 30.04.13). Diese Aussage ist aber nur bedingt wahr. Denn die Rathauszeitung schreibt weiter: „Vielmehr habe der Stadtvorstand nach Abschluss erster Gespräche mit der ECE zum frühestmöglichen Termin sowohl die politischen Fraktionen des Rates der Stadt als auch die IHK, die HWK, den Einzelhandelsverband und die City-Initiative über das geplante Projekt und das Verfahren informiert“ (RaZ, ebd.). Bei diesem Zitat kommt es auf verschiedene wohlgesetzte Formulierungen an, die den Tatbestand zu verschleiern versuchen, dass der Stadtvorstand nicht erst „nach Abschluss erster Gespräche“ (RaZ, ebd.) die Lobbyisten-Vereine über den Stand der Dinge informiert hat, wie es in der Rathauszeitung heißt, sondern dass die „Gespräche“ schon so weit fortgeschritten sind, dass es zu einer rechtskräftigen „Entwicklungsvereinbarung“ (TV, 01.05.13) mit der ECE kommen kann, ohne dass die Öffentlichkeit und ohne dass der Stadtrat dabei als politische Kontrollinstanz der Verwaltung involviert gewesen wäre. Eine bessere „Hinterzimmerpolitik“ kann man sich nicht vorstellen, ohne dass der Begriff missbraucht würde! Allerdings will der Oberbürgermeister nun nicht mehr an seiner zuerst ausgesprochenen Meinung, der Stadtrat müsste nicht entscheiden (vgl. TV), gemessen werden, wenn er auf Nachfrage des TV erklärt: „Ich werde die Vereinbarung erst unterschreiben, wenn der Steuerausschuss zustimmt“ (TV, ebd.). Dieses Verwaltungsprozedere lehnt die City-Initiative allerdings ab, denn es wäre wichtig, dass der Stadtrat über die „Vereinbarung“ abstimmen würde, statt des „Steuerausschusses“, in dem nur ein Proporz der Fraktionen vertreten ist. – Diese Position des Trierer Einzelhandelsverbandes habe ich im Jahre 2010 als Mitglied der „politischen Gruppierung Die Linke“ alleine im Steuerausschuss einnehmen müssen, als dieser auf Vorschlag der Verwaltung die Entscheidungsbefugnis der Dezernate ausweiten sollte, so dass zahlreiche Verwaltungsvorlagen nicht mehr durch das Plenum des Stadtrats entschieden

werden mussten. Nachdem meine linke Genossin dann auch noch unsere politische Gruppierung aufgekündigt hatte - und ich nunmehr als „parteiloser Mandatsträger“ im Stadtrat saß -, wurde ich von zahlreichen Kommunalpolitischen Entscheidungen rechtskräftig ausgeschlossen, weil ich nun nicht mehr im „Steuerungsausschuss“ sitzen durfte, weil dieser - wie auch die anderen Dezernatsausschüsse - nur Fraktionen und politischen Gruppierungen offen stand. Aus meiner Sicht ist dies nach wie vor eine äußerst undemokratische Entscheidung! Doch genau auf diese (undemokratische) Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse des Steuerungsausschusses (vorbei am Stadtrat) beruft sich der Oberbürgermeister in der derzeitigen Diskussion um die Verfahrensweise der politischen Partizipation in Bezug auf das vorgesehene Shopping-Center. Dies ist politisch ziemlich unseriös! Denn der zuständige Dezernent, Herr Egger, fasst im Gegensatz zum Oberbürgermeister die tatsächliche Situation in die folgende Worte: „Die Stadt hat kein Interesse, die Vereinbarung geheim zu halten“ (TV, ebd.), denn keiner beabsichtigt einen bindenden Vertrag abzuschließen (!), weil dieser – so der Oberbürgermeister – „ergebnisoffen“ (TV, ebd.) sei. Allerdings, fährt der Dezernent, Herr Egger, unmittelbar weiter fort: „die Frage ist, wie das der Investor sieht und ob das rechtlich möglich ist“ (TV, ebd.). – Hier nun endlich ist die Katze aus dem Sack!

Im Gegensatz zu privatwirtschaftlichen Verträgen kann man von einem Stadtvorstand politisch durchaus verlangen, dass er sein Tun und Handeln öffentlich und rechtlich transparent gestaltet – und das schon vor der Absicht, Verträge unterschreiben zu wollen: Eben das unterscheidet eine Kommune (civitas) von einer möglichen Räuberbande, wie schon Augustinus wusste: „Bei fehlender Gerechtigkeit, was sind da Reiche anderes als große Räuberbanden? – remota itaque iustitia quid sunt regna nisi magna latrocinia?“ (vgl. De Civitate dei, IV 4). – Vor diesem Hintergrund sind die Bedenken der Betroffenen Einzelhandelsverbände sowie der Linken durchaus berechtigt. Was sollte den auch die Versicherung des verantwortlichen Dezernenten politisch bewirken, wenn dieser beteuert, dass er sich „bemühen“ (TV, ebd.) werde, „den Prozess unabhängig vom Investoreninteresse (sic!) zu machen“ (TV, ebd.) – und gleich darauf fortfährt: der Investor solle mit der Vertragsvereinbarung „zu Antworten gezwungen werden, die die Gesamtentwicklung im Blick behalten“ (TV, ebd.)? – Unter diesen Bedingungen sieht der beabsichtigte Vertrag hier alles andere als „ergebnisoffen“ (TV, ebd.) aus.

So ist es ist keineswegs nur „eine Herkulesaufgabe für den Stadtvorstand“ (TV, ebd.) den Einzelhandel mit ins Boot des Gesamtentwicklungsprozesses zu holen, wie Herr Schmitz, vermutet, sondern viel schwieriger scheint da die Aufgabe, den möglichen Investor ECE bei der Stange zu halten und in den nächsten drei Jahren eine komplette „Quartiersentwicklung“ im Sinne der Stadt Trier sowie der Betroffenen Bürger/innen und Einzelhandelslobbyisten durchzuführen. Das könnte unter Profis schlichtweg eine Nummer zu groß sein für die Trierer Stadtprovinz. Man denke nur an die unverhohlene Rüge des Landesrechnungshofes beim PPP-Projekt des Trierer Südbades! – Der Oberbürgermeister muss zur Bürgernähe und zur Transparenz politisch oder zivilgesellschaftlich gezwungen werden.